

Berliner Tageblatt

Die unverlangt eingelangte Korrespondenz
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Vor der Entscheidung.

Die Wahlbewegung in Preußen. — Der Kampf
der biden Rechtsparteien. — Die Aussichten der
Demokraten. — Die Zurückhaltung der Unabhängigen
(Telegramme unseres Korrespondenten).

19. Februar.

Die Wahlbewegung in ganzem rheinisch-westfälischen
Industriebezirk steht sehr im Gegensatz zu den bisherigen
Wahlbewegungen der Revolution; sie ist sehr ruhig, fast
stille. Die Wählerkreise sehen diesmal den Wahlen zum
preussischen Landtag offensichtlich mit einer Zeitlang un-
sicherheit gegenüber, die beinahe an die früheren Wahlen
unter dem Dreifachwahlrecht erinnert. Angesichts dieser
großen Wahlmüdigkeit, die sich besonders in dem schlechten
Besuch der ohnehin schon in verhältnismäßig geringer Zahl
von den Parteien veranstalteten Wahlveranstaltungen
äußert, ist es nicht schwer, vor morgen eine geringe Wahl-
beteiligung vorauszusetzen, die vielleicht auch noch dadurch
einträchtig werden wird, daß gerade bei den ganzen
Industriebezirk infolge des Ausfalls der Straßen-
bahnen der gesamte Straßen- und Kleinbahn-
verkehr ruht. Von der Wahlmüdigkeit werden die
bürgerlichen Parteien wie auch die Mehrheitssozialisten ziem-
lich gleichmäßig betroffen, das Zentrum vielleicht etwas
weniger. Nur die Kommunisten werden wahrscheinlich
ihre Wählerkreise ziemlich vollständig an die Wahlen bringen.
Darauf deutet wenigstens ein Vorzeichen in den Wahlen hin,
das am letzten Sonntag in Essen stattfand. Es handelt sich
um die durch einen kommunistischen Vorstoß erzwungene neue
Wahl der Ortsleitung des Metallarbeiterverbandes, wobei die
Kommunisten dadurch einen vollen Sieg errangen, das ihre
Anhänger (etwa 6000 von insgesamt 28000 Verbandsmit-
gliedern) fast vollständig an die Wahlen brachten, die nicht-
kommunistischen Mitglieder überwiegend zur Seite ließen,
so daß sich nur eine Wahlbeteiligung von wenig über
40 Prozent ergab. Nach diesem Vorzeichen muß man da-
mit rechnen, daß die Kommunisten bei der morgigen Wahl
im Industriebezirk nicht ungenügend abscheiden werden, dafür
werden allerdings die unabhängigen Sozialisten,
die bei den Reichstagswahlen im vorigen Jahre auf Grund
des Mißganges der Mehrheitssozialisten eine größere
Zahl von Mandaten erhielten, ziemlich verdrängt werden.
In der Wahlbewegung sind die Unabhängigen diesmal so gut
wie gar nicht hervorgetreten, da sie fast durchweg ihre Organi-
sation und ihre Arbeit an die Kommunisten verloren haben.
Die Mehrheitssozialisten haben im Wahlkampf die
größten Anstrengungen gemacht, um einen weiteren Anmarsch
des Vorzugs der Kommunisten zu verhindern, was ihnen
während dem Erfolg, wird sich morgen zeigen. Von den bürgerlichen
Parteien arbeiten vor allem die Deutschen Nationalen
am hochher. Ihre harte Agitation unter Ausnutzung ihrer
absoluten Oppositionsstellung wird wohl auch im Industrie-
bezirk, namentlich in den mehr ländlichen Gegenden, nicht
ganz erfolglos bleiben. Die Deutsche Volkspartei
dürfte den Mandatskampf, der im Reichstagswahl-
kampf zu verzeichnen hatte, morgen kaum überleben. Das
Zentrum wird sich diesmal behaupten. Die Demo-
kraten endlich werden sicherlich die beiden Mandate,
wenigstens die im vorigen Jahre bei der Reichstagswahl
im Industriebezirk erhielten, je eins in Düsseldorf und
eins in Weisbaden behalten. In Düsseldorf werden morgen
zum erstenmal in den Wahlen keine Sozialisten
teilnehmen. Die Parteien haben sich dort im letzten
Stimmzettel lediglich in Wahllokalen ausgetanzt.
In Essen wird dieses Verfahren nur von den Demokraten
angewandt.

19. Februar.

Der diesjährige Wahlkampf hat im Rheinland recht spät
eingesetzt. Fast alle Parteien hatten sich ihre großen
Kampfkämpfe zum Anlauf aufgesetzt. Und ebenso hat begann
die Wahlveranstaltungen selbst haben infolge des Pariser
Dittats weit stärker als sonst unter dem Zeichen der
auswärtigen Politik. Die Auseinandersetzungen mit
dem äußeren Gegner, mit denen die meisten Parteien begannen,
haben dem Kampf mit dem Parteigegner viel an Schärfe
genommen. Auch in der Provinz war weniger von der Gesell-
schaft der Reichstagswahlen zu hören. Die Veranstaltungen
der Deutschen demokratischen Partei waren in
Köln-Stadt schwach besucht, während die Parteimitglieder auf
dem flachen Land guten Besuch fanden. Man er-
wartet den Stimmenanteil der Partei Dr. Gottschalk
mit Hilfe der Mittelverbände mit dem Wahlkreis Koblenz-
Trier in den Kandidaten entgegen zu können. Mit fasten
Stimmenzahl rechnen wieder die Deutschen Volks-
partei, die sich in den beiden Wahlkreisen Köln-Nord
und Koblenz-Trier drei Mandate vertritt. Dank der
preussischen Rheinlandpolitik dürfte auch die Deutsche
Volkspartei ähnliche Wählerkreise besitzen. Jedemfalls er-
wartet die Wahl ihres Spitzenkandidaten, Dr. Brücher,
überhaupt nicht so hoch zu sein. Besonders
bedauerlich macht sich der mangelnde Besuch der Parteimitglieder
in den ländlichen Gemeinden wo die Deutsche Volkspartei
die Deutschen Nationalen neuerdings in scharfer Konkurrenz zu
den bisher allmächtigen Zentrum treten. Das Zentrum
antwortet mit den alten Waffen des Kulturkampfes und mit
dem neuen Feldgeschütz „Los von Preußen“. Als
Ergebnis hat der Obster der Provinzialautonomie wird
den auch Preußen zu tun, an der Spitze von etwa
17 bis 18 preussischen Zentrumskandidaten in den Landtag
einziehen. Köln ansehnlich daß dagegen die separatistisch
tatsächlich „Katholische Volkspartei“.

Von den sozialistischen Parteien sind es diesmal die alten
Unabhängigen die den Wählerkreisen den besten Stellen
einnehmen. Ihre Verluste dürften in erster Linie den

Die Wahlen und die Londoner Konferenz.

Ein Wahlerfolg der reaktionären Parteien, eine
Niederlage der Demokratie in Preußen, würde im gegenwärtigen
Augenblick den alliierten Nationalisten
unangenehm verfallen und willkommen sein. Aber
die Pariser Boulevardpresse und die mit ihr verbündeten
englischen Blätter liefen, findet dort täglich die Behauptung:
„In Deutschland wächst die Reaktion, ist die Demokratie nur
ein Scheingebilde, das morgen zusammenbrechen wird.“ Mit
diesen Argumenten luden die französischen und englischen
Nationalisten den Günstig des einseitigen Stimmes zu zerstreuen
und die Haltung der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften
zu distanzieren, die mit so großer Entschiedenheit
gegen die Pariser Beschlüsse aufgetreten sind. Die deutschen
Rechtsparteien müssen wissen, daß sie durch ihre
Agitation nur abermals — zum hundertsten Male — den
heftigsten, habgierigsten Geiern Deutschlands
Waffen in die Hand liefern, und wenn sie
so patriotisch und so „national“ wären, wie sie lungenkräftig
behaupten, so hätten sie sich gerade diesmal vorichtig zurück-
halten und mehr an die allgemeinen Interessen Deutschlands
denken müssen, als an Parteigeiz und Mandats-
gier.

Es wird, und leider gewiß nicht mit Unrecht, sehr oft ge-
sagt, ein großer Teil des deutlichen Volkes sei politisch un-
fähig und könne erst allmählich, durch sehr viel Lehrgeld, zum
politischen Verständnis gelangen. Hat das deutsche Volk noch
nicht genug Lehrgeld gesaht? Kann jemand meinen,
die Stellung Deutschlands, der deutschen Re-

gierung, der deutschen Delegation in London
würde nicht geschwächt werden, wenn Lloyd
George, wie er ähnlich schon in seinen Reden getan hat,
dem deutschen Minister des Auswärtigen, Dr.
Simons, dort zurufen könnte: „Das Wahl-
ergebnis in Preußen beweist, daß die Republik,
daß die republikanische Regierung, die Sie,
Herr Minister vertreten, keinen Kredit beim
Volke besitzt? — Die preussischen Wähler und Wähler-
innen, haben die Pflicht, in diesen Tagen vor
der Londoner Konferenz den Entenstaaten und
ihren Regierungen zu zeigen, daß solche ironischen Anspielun-
gen gänzlich unberechtigt sind, und daß die republikanische
Reichsregierung eine volle Autorität hat und auf
festem Boden steht. Die preussischen Wähler und Wählerinnen
haben die Pflicht, zu zeigen, daß die monarchistische
Reaktion in Preußen und Deutschland ohnmächtig
ist. Nur geistig träge, politisch verstandlos oder durch
eine gewissenlose Verleumdung, veränderte Interessen und neue
Vergangenheitsphantasmen irreführende Wähler und Wähler-
innen können sich dieser Pflicht entziehen. Wähler und Wähler-
innen, begreift ihr, daß die Stellung der deutschen
Regierung und der deutschen Delegationen in
London nicht durch einen reaktionären Wahl-
erfolg geschwächt und gefährdet werden darf?
Dann geht, wie ihr auch über einzelnes denken möget, zur
Wahlurne und wählt die Kandidaten der Demokratie!“

Die demokratischen Landtagskandidaten für Berlin-Brandenburg.

2. Wahlkreis Berlin:
(umfassen den früheren Stadtteil Berlin: 1. Handelsminister
Rohde, 2. Handelskammerpräsident Kahror, 3. Herr
Dietrich Krause, 4. Diplomhandelschreiber Biedel, 5. Bankdirektor
Neumann, 6. Stadtrat Reimann, 7. Professorin Elisabeth Köhler, 8.
Oberingenieur Rump, 9. Zylindermeister Friedeband, 10. Kaufmann
Köhler, 11. Kaufmann Köhler.
3. Wahlkreis Potsdam II:
(umfassen die Kreise Westhof-Staackow, früheren Stadtteil Char-
lottenburg, früheren Stadtteil Reuthaus, früheren Stadtteil Schöne-
berg, früheren Kreis Zehlendorf, früheren Stadtteil Minnowaldorf):
1. Lehrer Reinhold Otto, 2. Oberlehrer Otto Wulstke, 3. Hand-
elskammersekretär Wagner, 4. Frau Gertrud Drehsing, 5. Ge-
meinderatlicher Feldner, 6. Ingenieur Braun, 7. Volkstheater Vor-
mann, 8. Frau Vera Wulstke.
4. Wahlkreis Potsdam I:
(umfassen den Kreis Angermünde, Stadtteil Prenzlauer-
Berg, früheren Kreis Jüterbog-Buckow, früheren Kreis
Berlin-Südost, früheren Kreis Niederbarnim, Kreis Ober-
barnim, Kreis Teltow, Kreis Stettin, Kreis Uckermark, Kreis
Prenzlau und Kuppau, früheren Stadtteil Spantau, Kreis Tempin,
Havelberg, Westpreußen, Juch-Belzig): 1. Verbandsdirektor
Wigand, 2. Seminarlehrer Otto Gerthausen, 3. Rechtsanwält
Dr. Gumpert, 4. Landwirt Otto Kühne, 5. Landrat Pauline Helene

Köhne, 6. Tischlermeister Richard Wörde, 7. Goldarbeiter Otto
Köhne, 8. Hausbesitzer Julius Bürger, 9. Professor Dr. Kühn.

5. Wahlkreis Frankfurt a. O.:
(umfassen den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Ober und den
Regierungsbezirk Westpreußen-Posen): 1. Adv. Oswald Riedel,
2. Landwirt Wagner, 3. Frau Schneidermeyer Weigel, 4. Landwirt
Mehrtens, 5. Eisenbahnschaffner Schulz, 6. Privatankäufer Diekmann,
7. Frau Direktor Kautsch, 8. Schriftführer Zentisch, 9. Stadt-
ratsmitglied Engler, 10. Rektor Kühnmann.

Ausweise für die Wahl mitnehmen!

In vielen Gemeinden Groß-Berlins war es üblich, den Wählern
zu allen Wahlen besondere Wahlkarten ins Haus zu schicken,
die dem Wahlvorsteher gegenüber als Ausweis dienen. Nach der
Eingemündung ist diese Einrichtung, die im alten Berlin selbst nicht
bestand, aus Sparlichkeit auch in den Vorortgemeinden abgeschafft
worden. Viele Wähler, die sich an diese amtlichen Wahlkarten ge-
wöhnt hatten, sind jetzt verunsichert, dürfen aus dem Ausbleiben der
Karte nicht den Schluß ziehen, als sei die Wahl nicht notwendig,
im Gegenteil: auch ohne diese amtliche Bescheinigung ist es unbedingt
erforderlich, daß jeder Wähler am nächsten Sonntag seiner Wahl-
pflicht genügt! Als Erfolg für die Ausweisekarte empfiehlt es sich
aber für jeden Wähler, am Sonntag einen anderen amtlichen Aus-
weis (Steuerquittung oder dergleichen) mitzunehmen, um sich
dem Wahlvorsteher gegenüber genügen ausweisen zu können.

Kommunisten zugute kommen, für die auch der lang-
wierige Streit auf den Randverleuten überleben arbeitet.
Die Mehrheitssozialisten hoffen, zum mindesten
die Zahl ihrer Reichstagsstimmen zu erreichen, womit ihnen
für den Reichstagswahlkampf. Alle diese Kombinationen sind
natürlich nur unter der Voraussetzung wahrscheinlich, daß die
Wahlkapazität nicht allzu großen Umfang annimmt.
Wenn bereits bei den vorjährigen Reichstagswahlen hatten in
Köln von den männlichen Wählern nur 63,4 Prozent, von
den Wählerinnen gar nur 51,8 Prozent ihr Wahlrecht aus-
geübt.

Die Rechtsparteien in Pommern.

(Telegramm unseres Korrespondenten).

Stettin, 19. Februar.

Nur noch wenige Stunden trennen uns von dem Beginn der
Wahlen. Der Wahlkampf ist zu Ende. Wohl hatten an den beiden
letzten Tagen die meisten Parteien noch Wahlveranstaltungen ab-
gegeben, aber die Hauptredner der Parteien haben gesprochen. Wohl noch
nie hat ein Wahlkampf so hohe Werten geschlagen
wie diesmal in Pommern. Die Veranstaltungen sämtlicher
Parteien waren überfüllt, und besonders in Stettin vor manchen
Partei in Kol, einen geeigneten Saal zu bekommen. In der Provinz
wie es in einzelnen Orten noch spärlicher her. Ist es doch hier
verhältnismäßig zu Zeitfäden gekommen.

Was nun die Aussichten der einzelnen Parteien betrifft, so
ist es schwer, hier die Welle der Wähler zu spielen. Kommt es
doch immer anders, als man denkt. Das hat gerade die demo-
kratische Partei bei den letzten Reichstagswahlen erfahren
müssen. Während die demokratische Partei bei den Wahlen zur
Verbandsversammlung im Jahre 1919 noch 141 959 Stimmen er-
hielt und drei Abgeordnete durchbrachte, brachte sie es bei den

Reichstagswahlen nur auf 37 517 und erhielt kein einziges Mandat.
Einen Teil der Schuld gab man damals Herrn Schneider, der, weil
er von der Parteileitung nicht an ausreichender Stelle auf die
Kandidatenliste gelangt war, eine eigene Partei, die „Reformgruppe“,
gründete, und sich hier an die Spitze stellen ließ. Aber diese
Partei brachte es bei der Reichstagswahl auf ganze
6798 Stimmen, die also, wenn sie der demokratischen
Partei zugute gekommen wären, auch — wie der Redner meinte —
den Wahl nicht sehr gemindert hätten. Die Reformgruppe ist
nun zwar diesmal nicht auf den Plan getreten, dafür haben
sich aber drei neue aufgetan, nämlich die Wirtschaftspartei
des deutschen Mittelhandels, die Polen, die Vereinigten Kom-
munisten und auch das Zentrum hat eine Waise aufgestellt.
Optimistisch sind die Anhänger der neu in den Kampf getretenen
Wirtschaftspartei, die hauptsächlich die Hausbesitzer zu ihren An-
hängern zählt. Sehr scharf sind diesmal die Deutschen Na-
tionalen und die Deutsche Volkspartei während des Wahl-
kampfes aneinandergeraten.

Der Wahlkampf in Ostpreußen.

(Von unserem Korrespondenten).

19. Februar.

Die Wahlen in Ostpreußen zum Reichstag, zum Landtag, zum
Provinziallandtag und zu den Kreistagen stehen in Ostpreußen un-
mittelbar unter dem Eindruck des Verlangens der Gültigkeit, die
Stellungen Königsberg, Wehen und Pillau zu bloßen Attrappen zu
machen, die Preis- und Grenzwehren zu entfernen und aufzulösen,
Welche der politischen Parteien aus diesem Diktat der Gültigkeit den
größten Nutzen ziehen und die meisten Stimmen in ihre Hand bringen
werden, läßt sich jetzt einem Tag vor der Wahl schwer sagen. Die
Demokratische Partei hat jedenfalls im Wahlkampf gut
ausgeholfen. Die besten Namen und die bedeutendsten Wieder-